
Leitzinserhöhungen durch Europäische Zentralbank

Fr, 10.02.2023 - 09:59

Verbraucherverbände: „Keine erneuten Erhöhungen!“

14 Verbraucherverbänden schätzen ist die Erhöhungen des EZB-Leitzinses als unzureichendes Instrument ein – Erhöhungen schaden Bürger:innen und Unternehmen -Richtungswechsel ist erforderlich.

Die Entscheidung der EZB, die Zinssätze zu erhöhen, um die steigende Inflation zu bekämpfen, bedeutet eine hohe Belastung für Bürger:innen und Verbraucher:innen.

UNANGEMESSENE INSTRUMENTE. Die EZB hat sich dafür entschieden, einer außerordentlichen Situation mit dem klassischsten der „ordentlichen“ Instrumente zu begegnen. Die wiederholte Verteuerung des Geldes, welche die Zentralbankchefin auch für die nahe Zukunft in Aussicht gestellt hat, **ändert nichts an den Ursachen der Krise, die in erster Linie mit der Verknappung des Angebots an Gütern des Grundbedarfs und Energie auf den internationalen Märkten und mit den geopolitischen Spannungen, insbesondere mit dem anhaltenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine, zusammenhängen.**

Die Bürger:innen sind nicht im Besitz einer übermäßigen Menge an Papiergeld, die durch eine Verteuerung des Geldes eingedämmt werden müsste. Auch muss daran erinnert werden, dass die Erhöhung der Ausgaben für die Grundbedürfnisse der Familien ein unzumutbares Ausmaß angenommen hat, das bereits zu einer starken Erosion der Kaufkraft geführt hat. Die bisherigen ergriffenen Notmaßnahmen der Regierung sind nicht wirksam: **Verbraucher und Verbraucherinnen**

haben heute weniger Kaufkraft, und geben folglich immer weniger aus. Jeder Vierte kann nicht einmal seinen täglichen Lebensmittelbedarf decken, und mehr als die Hälfte beklagen, dass sie mit einer außerordentlichen Ausgabe von nur einigen hundert Euro überfordert wären.

DIE AUSWIRKUNGEN AUF DARLEHEN UND FAMILIEN. Die Erhöhung des Leitzinssatzes der EZB ist also nicht nur unzureichend, um die Inflation zu bekämpfen, **sondern erhöht insbesondere die Kostenlast bei Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen** und vor allem für Familien. Dies gilt sowohl für Kosten bestehender Bankdarlehen und Hypotheken zu variablen Zinssätzen als auch für neue Darlehen, die zu festen Zinssätzen aufgenommen werden können. **All dies verschärft die hohen Lebenshaltungskosten und bremst private Investitionen. Auch steigt die Wahrscheinlichkeit einer Rezession weiter.** Betrachtet man nun allein die Zinskomponente, so kostet ein 20-jähriges, variabel verzinstes Wohnungsdarlehen in Höhe von 100.000 Euro, das vor sechs Monaten, im Juni 2022 (als die EZB-Zinsen nahe bei Null lagen) aufgenommen wurde, eine Familie rund 1.700 Euro mehr pro Jahr, wobei die monatliche Rate um mehr als 140 Euro höher ist als die Ursprungsrate vom Juli 2022. **Diese Ausgaben kommen zu den anderen Kostenerhöhungen der Verbrauchsgüter hinzu, die sich auf mehr als 3.000 Euro pro Jahr an zusätzlichen Ausgaben belaufen,** was mehr als zwei Monatsgehälter oder Renten vieler Bürger:innen und Arbeitnehmer:innen ausmacht.

UNVERZÜGLICH DIE AUSRICHTUNG DER ZINSPOLITIK ÄNDERN – Aus all den genannten Gründen fordern die unterzeichnenden Vereine Adiconsum, Adoc, Adusbef, Assoutenti, Casa del consumatore, Cittadinanzattiva, Codici, Confconsumatori, Federconsumatori, Lega consumatori, Movimento Consumatori, Movimento Difesa del Cittadino, Udicon und die Verbraucherzentrale Südtirol **Präsidentin Lagarde und alle Mitglieder des EZB-Direktoriums auf, die Ausrichtung der derzeit praktizierten Geldpolitik zu ändern.**